

LIESE-KURIER

Südwestfalen und das Hochstift in Europa – Europa in Südwestfalen und dem Hochstift



© European Union, 2020

Schneller Impfen und die Corona-Pandemie besser beherrschen können



Corona-Lage EU:
Vorsichtig bleiben!

4

Notfalls
“Europa first”
beim Impfstoff

5

EU: Unterstützung
für kleine Höfe

9

Motorräder müssen
leiser werden!

11

Liebe Leserinnen und Leser,

das Coronavirus hat unsere Region, Deutschland und Europa hart getroffen. Alle, die lange behauptet haben, es handele sich um eine Krankheit, die nicht schlimmer sei als eine Grippe, sind leider Lügen gestraft worden.

Mittlerweile sind allein in Deutschland mehr als 70.000 Menschen nachweislich an oder mit Covid-19 gestorben. In der sehr schweren Grippesaison 2017/18 gab es geschätzt 25.100 Grippefälle, wirklich laborbestätigt mit positivem Test waren es laut RKI-Saisonbericht 1.674 Tote. Und diese Zahlen gelten bei der Influenza ohne Kontaktbeschränkungen und andere Schutzmaßnahmen, anders als jetzt bei Covid-19. Leider hat sich die Einsicht der Wissenschaftler, dass das Coronavirus etwa zehnmal so gefährlich ist wie eine schwere Grippe, bestätigt.

Die Situation bleibt zu unserem Verdruss nach wie vor sehr ernst und dies sowohl was die gesundheitlichen als auch die wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Folgen der Einschränkungen angeht.

Deswegen sind die Impfstoffe die Chance auf ein normales Leben. Die Europäische Union hat ihre Entwicklung frühzeitig gefördert und der erste weltweit nach einem seriösen Verfahren zugelassene Impfstoff ist das mithilfe der EU entwickelte Vakzin der Mainzer Firma BioNTech. Wir müssen jetzt ganz dringend dafür sorgen, dass den Bürgerinnen und Bürgern in der Europäischen Union in größerem Maße Impfdosen zur Verfügung stehen, lesen Sie dazu auch die Artikel auf den Seiten 5 und 6.

Neben der Bekämpfung der Pandemie, die mich als gesundheitspolitischen Sprecher unserer christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament natürlich besonders fordert, dürfen die anderen Themen nicht auf der Strecke bleiben.

Unsere Landwirte brauchen eine Perspektive und wir müssen einen guten Ausgleich zwischen den berechtigten Anliegen des Umweltschutzes und ihren wirtschaftlichen Interessen finden. Junge Menschen drängen zu Recht auf mehr Klimaschutz. Aber gerade nachdem die Pandemie viele Unternehmen wirtschaftlich getroffen hat, müssen wir hier die richtigen Instrumente finden, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Trotz pandemiebedingter Einschränkungen ist für mich der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern in Südwestfalen und im Hochstift nach wie vor sehr wichtig für meinen Einsatz als Politiker. Zum Glück gibt es das Instrument der Videokonferenzen. Ich freue mich, dass dadurch trotz Corona-Krise nach wie vor viel möglich ist.

Ich wünsche Ihnen vor allem Gesundheit

Ihr

Peter Liese





5

© European Union, 2020



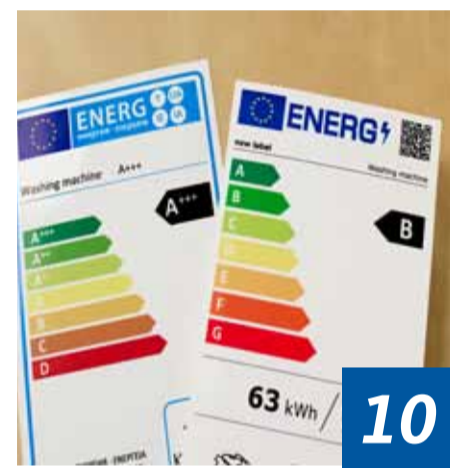
9



6



7



10

Corona-Lage EU: Weiter vorsichtig sein! 04

Arztpraxis statt Plenarsaal 04

Härtere Bandagen gegenüber USA und Großbritannien, damit Deutschland und die EU schneller impfen können 05

Gemeinsam für mehr Gesundheit in der Europäischen Union 07

Riesenerfolg: EU-Mitgliedstaaten einigen sich auf Klimaziel 2030 07

EU-Mehrjahreshaushalt: Ein Statement für die Demokratie 08

Noch besseres Trinkwasser aus der Leitung 08

Einsatz der Landwirtschaft für Vogelschutz gewürdigt 09

Priorität für kleinere Höfe 09

Auch Schiffe sollen Klimabeitrag leisten 10

Künftig kein „A+ bis A+++“ mehr 10

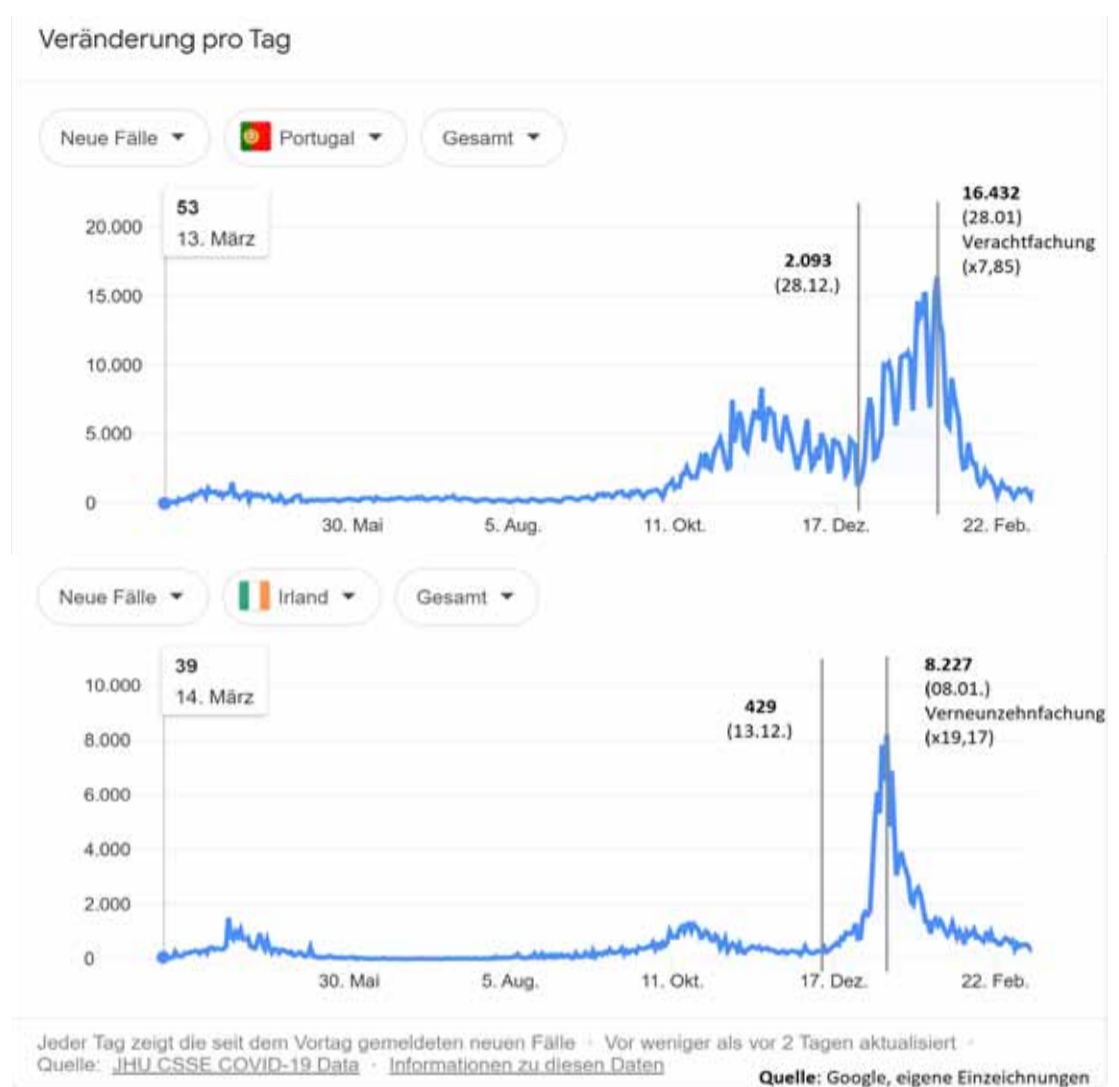
Förderung: Kohlegebiete nicht gegen heimische Region ausspielen 11

Motorräder müssen leiser werden! 11

Corona-Lage in der EU: Nach wie vor gefährlich - weiter vorsichtig sein

„Fast jeder ist genervt von den Einschränkungen und der teilweise sehr schwierigen Perspektive, trotzdem dürfen wir jetzt nicht nachlässig werden“, so Peter Liese. Das Corona-Virus ist leider nicht müde, es hat durch die neuen Mutationen sogar einen Boost bekommen. „In unseren europäischen Nachbarländern sehen wir, wie schnell die Zahlen explodieren, wenn man trotz der Mutationen drastisch lockert. In Portugal hat man Weihnachten deutlich gelockert und wenige Wochen später war das Gesundheitssystem so überlastet, dass u.a. die Bundeswehr dort helfen musste. In nur vier Wochen hatte sich die Infiziertenzahl verachtfacht. Ähnlich war es in Irland, wo die Infektionen nach Lockerungen im Dezember nach nur 26 Tagen auf das 19-fache angestiegen waren. Zusätzlich schlug in beiden Ländern die Verbreitung von Mutationen ins Kontor.“

Dass Corona keine kleine Grippe, sondern eine dramatische Erkrankung ist, machte der aus Meschede stammende Intensivmediziner Dr. Thomas Scheeren bei einer Videokonferenz mit Journalisten deutlich. Er schilderte unter anderem eindrucksvoll, wie es ihm leider nicht gelang, das Leben eines 21-jährigen jungen Mannes zu retten. Eindringlich beschrieb er auch die nervliche Belastung für Ärzte und Pflegekräfte. „Wir sollten auch deshalb weiter Risikokontakte vermeiden und uns und andere schützen. Eine Situation wie sie Thomas Scheeren aus Belgien schildert, dass nämlich Ärzte entscheiden mussten, ob sie 30- oder 50-jährige auf die Intensivstation aufnehmen



und versuchen ihr Leben zu retten, ist uns bei allen Schwierigkeiten in Deutschland zum Glück bisher erspart geblieben. Das muss auch weiter

unser Ziel sein“, betont Peter Liese. Statement von Thomas Scheeren unter: <https://youtu.be/9cDFx3QUdjs>

Arztpraxis statt Plenarsaal bringt vieles für den politischen Alltag

Seit Beginn der Pandemie ist Peter Liese auch wieder als Arzt tätig. Zunächst half er im Frühjahr für mehrere Wochen in einer Gemeinschaftspraxis in Bestwig aus. Im Herbst war er dann im Testzentrum in Meschede und im Januar beim Impfen im Altenheim Lindenhof

in Meschede wieder als Arzt aktiv. Alle Einsätze erfolgten unentgeltlich.

„Ich finde, jeder muss sich in dieser schwierigen Situation fragen, wo er am besten helfen kann, und wenn ich als Arzt gefragt bin, nehme ich mir

natürlich die Zeit. Durch die praktische Erfahrung und den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen sowie den Patientinnen und Patienten bekomme ich viele wichtige Anregungen aus der Praxis für meine politische Arbeit“, so der Arzt und Europaabgeordnete.



Härtere Bandagen gegenüber USA und Großbritannien, damit Deutschland und die EU schneller impfen können

„Wie fast alle Deutschen und Europäer ärgere ich mich darüber, dass es mit dem Impfen in der EU vergleichsweise langsam vorangeht“, so Peter Liese. Deutschland und die EU seien zwar im internationalen Vergleich keinesfalls Schlusslicht, sondern ständen im Mittelfeld der wohlhabenden Staaten und in vielen ärmeren Ländern sei praktisch noch gar nicht geimpft worden, aber: „Trotzdem kann uns die Situation nicht zufriedenstellen“, betont er, gerade auch mit Blick auf die Impfstoffe, die aus Europa stammen und hier nicht verimpft werden. Die Kritik an der EU-Kommission sei vielfach überzogen, zumal man mit dem Wissen von heute natürlich leicht argumentieren könne und sich viele für die Verhandlungsprozesse im Sommer und Herbst schlicht gar nicht interessiert hätten. Auch habe die Haftungsdiskussion mit der Firma Pfizer enorm aufgehalten, es sei den EU-Bürgern aber ein wichtiges Recht gesichert worden. Trotzdem, gesteht Liese ein, würde man aus heutiger Sicht sicherlich einiges anders machen.

Finanzieller Vorsprung der USA

Oft höre er die Frage: Warum sind die Vereinigten Staaten beim Impfen so schnell? „Unter anderem deshalb, weil schon unter George W. Bush die Institution BARDA, Biomedical Advanced Research and Development Authority, gegründet wurde. Sie ermöglicht es der Regierung, unkompliziert riesige Mengen Geld zu mobilisieren“, sagt Peter Liese.

Die Gründung einer solchen Institution habe seine Fraktion schon im März 2020 für die EU

gefordert, aber ihre Einrichtung dauere. „Es ist eine der wichtigsten Lehren, hier schnell zu handeln. Die Kommission hat das unter dem Stichwort HERA, European Health Emergency Response Authority, angekündigt. Hier soll eine europäische Behörde für Notfallmaßnahmen im Gesundheitsbereich geschaffen werden.“

Schleppende Lieferung wegen Exportstopps

Aber weder die späte Bestellung der EU noch das Nicht-Vorhandensein einer Institution sind im Moment die Hauptursache für die Impfstoffknappheit in der EU. Es sind die Exportstopps der produzierenden Länder USA und Großbritannien, worunter zum Beispiel auch Kanada leidet, obwohl es frühzeitig und umfangreich bei BioNTech/Pfizer und Moderna bestellt hat. So wurde, betont Liese, das „Quasi-Exportverbot“ Donald Trumps von Dezember unter Joe Biden bis Juni verlängert. Die USA verfügen über einen Großteil der weltweiten Impfstoffkapazitäten. Zwar sei die EU hier ebenfalls nicht schlecht aufgestellt, aber der Impfstoff, der hier produziert werde, gehe eben in die ganze Welt und verbleibe nicht allein in der EU. Das zeige sich besonders deutlich am Beispiel des Impfstoffs von BioNTech/Pfizer. „Die mRNA wird in Mainz und Idar-Oberstein hergestellt und dann von Pfizer im belgischen Puurs weiterverarbeitet und endabgefüllt. Von dort geht der Impfstoff in die ganze Welt, u.a. auch nach Kanada, Mexiko und Israel. So versorgen die Betriebe aus Deutschland und Belgien die ganze Welt. Die USA aber nutzen die Impfstoffe aus ihrem Pfizer-Werk nur für sich

selbst. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.“ Und: Wie Joe Biden handle auch Boris Johnson in der Impfstoffpolitik stark national, was die Verzögerungen bei der Lieferung des britisch-schwedischen Impfstoffs AstraZeneca erklären ließe. Großbritannien hat allein vom 1. Februar bis zum 15. März 10,09 Millionen Impfdosen aus der EU erhalten und keine einzige Dosis ging von Großbritannien auf den Kontinent.

EU hat Forschung und Entwicklung gefördert

„Das bedeutet zugespitzt: Großbritannien und die USA handeln nach dem Prinzip: ‚UK and America first‘ und Europa versorgt die Welt“, betont Liese. Dies rechtfertigten die amerikanische und britische Regierung damit, dass sie die Hersteller der Impfstoffe im großen Stil gefördert hätten. „Das trifft im Zusammenhang mit den USA sicherlich uneingeschränkt zu. Aber gerade die Universität Oxford war noch bis Ende 2020 Hauptempfänger von EU-Forschungsmitteln. Es ist schwer vorstellbar, dass nicht auch die Impfstoffentwicklung mit darauf basiert“, so Peter Liese. Und: „Der Impfstoff von BioNTech wurde in Deutschland entwickelt und BioNTech-Chef Ugur Sahin hat mehrfach öffentlich erklärt, dass ohne die jahrelange Unterstützung der EU und der Deutschen Bundesregierung eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen wäre.“ Er fügt hinzu: „Wenn es also ein moralisches Recht für die USA und Großbritannien gibt, ihre jeweiligen Impfstoffe, jedenfalls prioritär, für die Eigenversorgung zu nutzen, dann könnte dies für die EU und Deutschland uneingeschränkt genauso gelten.“

Impfstoffexporte aus der EU

Pfizer (Standort in Puurs/Belgien) und BioNTech (Standorte in Mainz, Idar-Oberstein und Marburg) versorgen u.a. Großbritannien, Kanada, Japan, Mexiko und die Türkei



Globale Strategie nach Covax bleibt richtig

Die EU habe aber immer nach der globalen Strategie der WHO in der Krise gehandelt. „Auf Initiative von Ursula von der Leyen und der WHO und übrigens unterstützt auch von Boris Johnson, gab es im Mai letzten Jahres eine große Konferenz, die in der Gründung des UN-Programms Covax resultierte. Covax steht dafür, dass weltweit allen Ländern, egal, ob arm oder reich, ein rascher Zugang zu Impfstoffen ermöglicht werden soll.“ Das westafrikanische Ghana profitierte Ende Februar als erstes Land weltweit davon und bekam Impfstoff. Liese bleibt überzeugt, dass die EU grundsätzlich richtig handele. „Die weltweite Zusammenarbeit ist nach wie vor der bevorzugte Weg. Wir sind alle abhängig von internationalen Lieferketten und ein Handelskrieg um Impfstoffe kann schwere Nebenwirkungen haben. Am Ende ist auch niemand sicher, bevor nicht alle sicher sind. Dies gilt gerade mit Blick auf gefährliche Mutationen, die sich nur dann nicht weiter ausbreiten können, wenn es auf der Welt genügend Impfstoff gibt.“



Schnelles Umdenken, falls andere nicht schnell einlenken

Nachdem Peter Liese wochenlang gedrängt hat, härtere Bandagen gegenüber den Ländern aufzuziehen, die zwar importieren aber nicht exportieren und gegenüber den Firmen, die ihre Lieferverpflichtungen nicht erfüllen, hat die Europäische Kommission am 01.02.2021

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hat die Allianz der sogenannten „Zukurzgekommenen“ gegründet. Dies sind Länder, die obwohl sie die Möglichkeit über die EU hatten, weniger Impfstoff von BioNTech und Moderna bestellt haben, als ihnen pro Kopf der Bevölkerung zustand. Sie machen dafür jetzt die EU verantwortlich. Peter Liese unterstützt die Bundesregierung bei der Ablehnung dieser Schuldzuweisung. „Deutschland und einige andere Mitgliedstaaten haben immer an den BioNTech-Impfstoff geglaubt und sind ins Risiko gegangen, als andere sich noch vornehm zurückgehalten haben. Die deutschen Impfwilligen dürfen daher nicht für die Fehlentscheidungen anderer Mitgliedstaaten verantwortlich gemacht werden.“

Im Rahmen der europäischen Solidarität muss man eine Lösung finden, aber das geht nicht kurzfristig, es kann höchstens um die Lieferungen gehen, die BioNTech zusätzlich angekündigt hat und zu einem Zeitpunkt, wenn es bei uns dann richtig läuft“, so Liese.

Lieferprognosen für Deutschland der verschiedenen Hersteller für das Jahr 2021

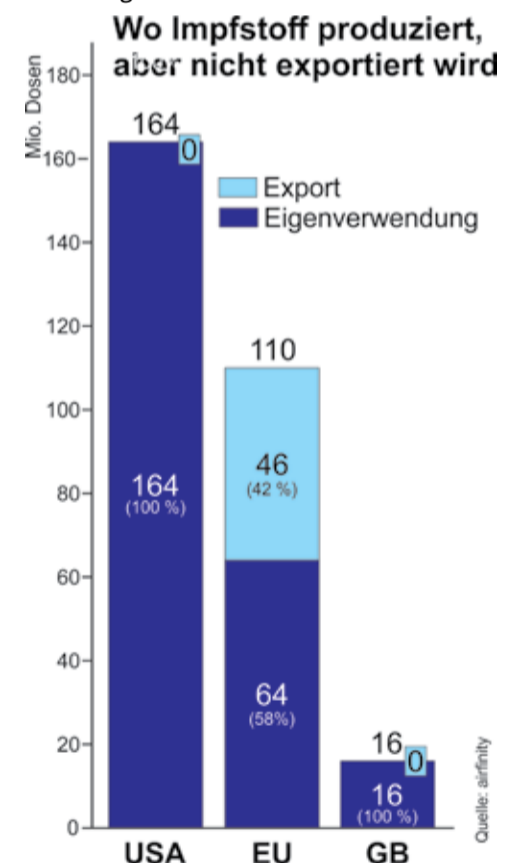
!!! Die Zahlen beruhen auf Prognosen und sind mit Unsicherheiten behaftet. Änderungen sind nicht ungewöhnlich !!! (Stand 22.3.2021)

Hersteller	Januar - März	April - Juni	bis Ende 2021 (insgesamt)
BioNTech/Pfizer	12,4 Mio.	40,2 Mio.	100,7 Mio.
Moderna	1,8 Mio.	6,4 Mio.	mind. 78 Mio.
AstraZeneca	5,7 Mio.	12,4 - 15,4 Mio.	56,3 Mio.
Johnson & Johnson		10,1 Mio.	36,7 Mio.
Curevac*		1,4 Mio.	24,5 Mio.
Sanofi/GSK*			27,5 Mio.

* Voraussetzung ist eine Zulassung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)
© European Union, 2020
Quelle: Bundesgesundheitsministerium

endlich einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Die Exporte können eingeschränkt werden, wenn ein Land selber viel geimpft hat und keinen Impfstoff aus dem Land lässt. Das zielt eindeutig auf Großbritannien. Bei den Staats- und Regierungschefs gab es leider keine einhellige Unterstützung. Die Kommission kann dieses Prinzip aber auch ohne Unterstützung der Staats- und Regierungschefs und Regierungschefs anwenden. „Ich halte das natürlich nicht für die beste Lösung. Offene Grenzen und internationaler Handel sind erstrebenswert, aber es geht mit dem Impfen in Deutschland und in der EU einfach nicht schnell genug. Deswegen müssen die Kommissionen und die Mitgliedstaaten hier schneller handeln. Allein die Drohung hat schon gewirkt, Großbritannien will sich jetzt mit der EU an einen Tisch setzen. Aber wir dürfen mit Boris Johnson nicht zu geduldig sein“, so Peter Liese. Er fordert eine schnelle Inkraftsetzung von Exportbeschränkungen, insbesondere gegenüber Großbritannien, um das Impftempo in Deutschland und der EU zu beschleunigen. Gleichzeitig plädiert die EVP-Fraktion auf Drängen von Peter Liese dafür, ganz schnell

mehr Kapazität zur Produktion aufzubauen und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit. Dazu soll eine technologische Partnerschaft mit den USA ins Leben gerufen werden und es sollen Pharmastandorte in Drittländern wie Südafrika und Indien einbezogen werden. „Die Linken fordern eine bloße Abschaffung der Patente, das ist aber nicht zielführend, weil Innovation sich weiterhin lohnen muss und vor allem, weil die Technologie so kompliziert ist, dass man sie nur gemeinsam mit den Herstellern wie BioNTech auch in Drittländern aufbauen kann. Trotzdem bleibt das Ziel, die ganze Welt zu impfen. Kurzfristig müssen wir aber an die deutschen und EU-Bürger denken.“



Johnson & Johnson-Impfstoff zugelassen

Der amerikanische Impfstoffhersteller Johnson & Johnson hat am 11. März, nach einer positiven Bewertung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA), die Genehmigung zur Verabreichung seines Impfstoffs in der Europäischen Union bekommen. Dies ist damit der vierte Impfstoff, der bis März zugelassen wurde.

Der russische Impfstoff Sputnik V wird zurzeit in einem Vorverfahren von der Europäischen Arzneimittelagentur geprüft. Die EMA hat ein sogenanntes Rolling Review Verfahren für Sputnik V (Gamaleya National Centre of Epidemiology and Microbiology) gestartet.

Dies ist der siebte Covid-19-Impfstoff, der dieses Verfahren nach BioNTech/Pfizer, Moderna,

AstraZeneca, Johnson & Johnson, CureVac und Novavax durchläuft. Es ist nicht sicher, ob er zugelassen wird und wie viel Impfstoff Russland tatsächlich in den nächsten Monaten liefern kann.

Ein weiterer Vertrag mit der Firma Novavax steht kurz vor der Unterzeichnung.

Gemeinsam für mehr Gesundheit in der EU

Von Pandemiebekämpfung bis personalisierte Medizin mehr kooperieren



© European Union, 2020

Das EU-Parlament hat mit überwältigender Mehrheit für ein neues Gesundheitsaktionsprogramm der EU gestimmt. Die Abgeordneten unterstützen damit einen Vorschlag der EU-Kommission.

Vor allem als Reaktion auf die Corona-Pandemie haben die Kommission und die Abgeordneten mehr Engagement der EU im Gesundheitsbereich gefordert. Nach zähen Verhandlungen hat der Ministerrat zugestanden, das Budget auf 5,1 Milliarden Euro zu erhöhen. Das ist mehr als zehnmal so viel wie in der laufenden Periode, wengleich es hinter dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission und des Parlamentes von 9,4 Milliarden Euro zurückbleibt. „Die Verabschiedung des Programms und die deutlich bessere finanzielle

Ausstattung sind ein riesiger Erfolg für das EU-Parlament und unsere christdemokratische Fraktion. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Es hieß immer, dass Europa im Gesundheitsbereich keine Kompetenzen habe. Das war aber schon lange falsch, denn die Verträge erlauben deutlich mehr als bisher geschehen ist. Vorstöße von Parlament und Kommission sind in der Vergangenheit an den Mitgliedstaaten gescheitert. Die Einigung auf das Gesundheitsaktionsprogramm zeigt, dass sich das nun ändert“, bekräftigt Peter Liese.

Gemeinsam im Kampf gegen den Krebs

„Ohne die Zusammenarbeit in Europa werden wir den Krebs nicht besiegen“, so Peter Liese zum Europäischen Aktionsplan zur Krebsbekämpfung.

Die Europäische Kommission stellte 42 konkrete Aktionen im Kampf gegen den Krebs vor. Unter anderem will sie ein sogenanntes Krebs-Wissenszentrum (Knowledge Centre on Cancer) schaffen zur besseren Koordinierung von wissenschaftlichen und technischen Initiativen auf EU-Ebene. Dieses soll beim gemeinsamen Forschungszentrum der EU-Kommission angesiedelt sein. Es geht vor allem auch um personalisierte Medizin und die gemeinsame Bekämpfung für Krebs bei Kindern.

EU-Mitgliedstaaten einigen sich auf Klimaziel 2030

Riesenerfolg für Ratspräsidentschaft und Angela Merkel persönlich

Peter Liese bezeichnet die Einigung beim EU-Gipfel auf ein ambitioniertes Klimaziel für 2030 als „Riesenerfolg“ für die deutsche Ratspräsidentschaft und auch als einen persönlichen Erfolg für Angela Merkel. „Vor dem EU-Gipfel hat kaum jemand geglaubt, dass sowohl im Streit um die Finanzen und den Rechtsstaats-Mechanismus als auch in der Debatte um das Klimaziel entschieden wird. Doch beides ist gelungen, darüber bin ich sehr

froh. Europa muss seine Ambitionen erhöhen, damit unsere Kinder und Enkelkinder nicht in einer Welt leben, in der sie den Klimawandel nicht mehr kontrollieren können.

Das beschlossene Ziel ist ambitioniert und es steht im Einklang mit dem Pariser Abkommen. Das hat die Kommission in ihrer Folgenabschätzung überzeugend dargelegt“, so Peter Liese.

Dialog auf Basis von Fakten zu Windkraft und Klimaschutz



Rund um die Windkraft ging es bei einer Videokonferenz mit zeitweise mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die die Konrad-Adenauer-Stiftung auf Anregung von Peter Liese organisiert hat.

Teilgenommen haben unter anderem die Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer von Fridays for Future, zahlreiche Vertreter von Bürgerinitiativen gegen Windkraft aus Südwestfalen und darüber hinaus sowie Wissenschaftler. Professor Carolus von der Universität Siegen beschäftigt sich insbesondere mit dem Phänomen des Infraschalls, der im Verdacht steht, gesundheitliche Schäden zu verursachen. Anhand wissenschaftlicher Daten konnte er aufzeigen, dass selbst bei einem Windrad, das nur 300 m entfernt ist, der Infraschall eines Windrades nicht größer ist als jener einer Waschmaschine oder einer Heizung.

Professor Pohl von der Universität Halle-Wittenberg wies darauf hin, dass die Beeinträchtigung durch Windkraft vor allem davon abhängt, wie sehr die Menschen in die Planung eingebunden seien und wie sie auch finanziell profitierten. Luisa Neubauer plädierte leidenschaftlich für den Ausbau der Windkraft, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. In der Diskussion ging es hoch her.

Peter Liese legte Wert darauf, dass selbst wenn objektiv keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Windräder nachzuweisen sind, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden müssen. „Wenn, wie in manchen Fällen, die Dörfer von mehreren Windparks umzingelt sind und die Grundstückspreise fallen, habe ich großes Verständnis für Widerstand. Wir brauchen Windkraft auch in unserer Region, aber es muss ein Ausgleich gefunden werden und wir sollten verstärkt auf Energieeffizienz, Windkraft auf hoher See und Photovoltaik setzen“, so Liese.

Noch besseres Trinkwasser aus der Leitung



© European Union, 2020

Das EU-Parlament hat mit großer Mehrheit die überarbeitete Trinkwasserrichtlinie angenommen. Zuvor war mit dem europäischen Ministerrat eine Einigung über den Text erzielt worden. Der vereinbarte Text sieht strenge Schwellenwerte für eine mögliche Kontamination vor und verbessert gleichzeitig den Zugang schutzbedürftiger Menschen zu Leitungswasser.

„Wasser ist unser Lebenselixier. 20 Jahre nach Inkrafttreten der ersten Trinkwasserrichtlinie war es an der Zeit, die Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe zu aktualisieren und zu verschärfen. Für das EU-Parlament ist es von größter Bedeutung, dass die neue Richtlinie unser Trinkwasser noch sicherer macht und neuauftretende Schadstoffe wie Mikroplastik und Hormonwirkstoffe berücksichtigt. Allerdings ist es gerade für kleine Wasserwerke wichtig, dass der Messaufwand nicht zu groß wird“, so der Arzt und Europaabgeordnete Peter Liese.

Mit den neuen Regeln soll außerdem der Zugang zu Leitungswasser verbessert werden. „Mit dem vereinbarten Text machen wir auch einen wichtigen Schritt, um auf die erste erfolgreiche Bürgerinitiative über den Zugang zu Wasser zu reagieren. An vielen öffentlichen Stellen soll es bald Trinkwasserbrunnen geben. Leitungswasser ist, insbesondere was die Umwelt- und Energiebilanz angeht, sehr viel besser als Mineralwasser, das oft weite Transportwege hinter sich legt. Ein Liter Mineralwasser belastet die Umwelt im Schnitt 1000mal so viel wie ein Liter Leitungswasser“, so Liese.

„Ich halte es auch für eine gute Idee, in Restaurants Leitungswasser umsonst oder für einen geringen Preis abzugeben. Wir als EU sollten dies aber nicht vorschreiben, sondern die Bevölkerung informieren. Nicht alles, was vernünftig ist, kann aus Brüssel zentral angeordnet werden“, ergänzt Liese.

Deswegen finde ich es sehr begrüßenswert, dass der Rat sich auf den Vorschlag der Kommission geeinigt hat. Ich glaube, dass der Rat vernünftiger entschieden hat als das Europäische Parlament. Ich hoffe, dass wir uns jetzt schnell auf einen gemeinsamen Gesetzestext einigen können. Aus Sicht des EU-Parlaments wird es besonders wichtig sein, dass wirklich jeder Staat klimaneutral ist, denn genau das haben die Staats- und Regierungschefs nicht beschlossen“, so der Europaabgeordnete.

Peter Liese widersprach der Auffassung, dass ein netto 55-Prozent-Ziel nicht ambitioniert sei und nicht mit dem Pariser Klimaschutzabkommen übereinstimme. „Seit 1990 machen wir in der EU Klimaschutzpolitik. Seitdem haben wir 25 Prozent Emissionen eingespart und das oft unter großen Schmerzen“, betonte Liese.



© European Union, 2020

Bei den nun anstehenden Verhandlungen müsse vor allem das Potenzial der Senken angegangen werden. Wie der Wald hat humusreicher Boden

insgesamt, etwa auch in Moorgebieten und Flussauen, ein großes Klimaschutzpotenzial als Kohlenstoffspeicher und damit CO₂-Senke. „Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, das Klimaziel nicht mehr als bloßes Reduktionsziel, sondern als Netto-Ziel zu beschließen. Das bedeutet, dass die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre z.B. durch nachhaltige Forstwirtschaft, durch Humusaufbau in der Landwirtschaft oder durch moderne Technologien zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre erstmals im großen Stil belohnt wird. Dies müssen wir unbedingt angehen, da wir ja nach 2050 nach Ansicht der Experten negative Emissionen brauchen und wenn wir jetzt nicht schnell die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, werden wir dies nicht erreichen. Leider wurde die Formulierung des Netto-Ziels von Grünen und Umweltverbänden nur unter dem Aspekt der Zielabschwächung betrachtet. Dies ist allerdings zu kurz gesprungen.“

Ich bin zwar mit den Kritikern einig, dass es kein Schlupfloch geben darf und man sehr genaue Regeln braucht, aber dem Klima ist es letztlich egal, ob wir weniger emittieren oder CO₂ aus der Atmosphäre entnehmen. Durch die übertriebene negative Reaktion der Grünen, von Umweltverbänden sowie der Berichterstattung rund um das Wort ‚Netto‘, ist das EU-Parlament in seinem Mandat das Thema Senken vor 2050 jetzt überhaupt nicht angegangen. Das ist ein ärgerlicher Kollateralschaden einer einseitigen Debatte und ich bin froh, dass der Rat diesen Fehler repariert hat, in dem er das Ziel der Kommission inklusive der Formulierung ‚Netto‘ annimmt“, so Liese.

Einigung auf EU- Mehrjahreshaushalt und Wiederaufbauprogramm



Photographer: Etienne Ansolte

Dank ihres Verhandlungsgeschicks und ihrer langjährigen Erfahrung, hat Angela Merkel es geschafft, dass Ungarn und Polen ihr Veto aufgegeben haben und somit die Einigung des Europäischen Rates zum EU-Mehrjahreshaushalt und EU-Wiederaufbauprogramm ermöglicht wurde. Europa hat damit gezeigt, dass es in der schwersten Krise zusammensteht und Lösungen findet, wenn alle zum Kompromiss bereit sind.

„Der nun vereinbarte Konditionalitätsmechanismus, den auch das Europaparlament von Beginn an gefordert hat, ist das richtige

Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen“, erläutert Peter Liese.

Die Auszahlung von Mitteln aus dem nächsten EU-Haushalt wird damit erstmals direkt an die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten geknüpft. „Die Möglichkeit dies noch vor dem EuGH prüfen zu lassen, verzögert zwar den Prozess, schafft aber am Ende des Tages Rechtssicherheit und beendet leidige Debatten, wie wir sie nun lange mit Polen und Ungarn geführt haben“, resümiert Peter Liese.

Priorität für kleinere Höfe

EU-Agrarreform: Chance, Landwirtschaft und Umweltschutz zu versöhnen

Im Frühjahr werden die Weichen für die Ausrichtung der Landwirtschaft gestellt, indem die EU die milliardenschwere Agrarförderung festzieht und sich Deutschland dann an die nationale Umsetzung macht. Dabei sei, so Peter Liese, der Beschluss des Europäischen Parlaments zur Gemeinsamen Agrarreform besser als der Beschluss des Ministerrates für die bäuerliche Landwirtschaft in unserer Region. Der Ministerrat setzt sich aus allen Fachministern der jeweiligen Länder zusammen und ist neben dem Parlament Gesetzgeber in der EU.

Künftig würden nach Vorstellung des EU-Parlamentes 30 Prozent der Mittel aus der ersten Säule (Flächenprämie) nur dann bezahlt, wenn man nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen und besondere Auflagen (z.B. fünf Prozent der Fläche ökologisch vorrangig zu behandeln) erhält, sondern wenn man sich freiwillig verpflichtet, zusätzliche Umweltmaßnahmen durchzuführen. Deutlich ambitionierter sei das EU-Parlament auch bei der Frage, wie die Mittel



Archivfoto

zwischen Klein- und Großbetrieben verteilt würden.

Der Ministerrat hat beschlossen, dass die sogenannte Kappung, d.h. die Begrenzung der Mittel auf Kleinbetriebe, nur freiwillig ist. Das EU-Parlament dagegen hat dies verbindlich festgeschrieben. „Das heißt, ab 60.000 Euro Zuschuss pro Jahr gibt es weniger, ab 100.000 Euro gibt es gar nichts mehr. Großbetriebe haben ohnehin Vorteile gegenüber Kleinbetrieben. Letztere haben die Unterstützung erstens nötiger und zweitens ist es für mich ein Wert an sich, wenn der Landwirt in seinem Dorf lebt und schon alleine im Sinne der Nachbarn darauf achtet, dass Tier- und Umweltschutz eingehalten werden.“

Von der Grenze von 100.000 Euro kann nur abgewichen werden, wenn 12 Prozent des Geldes an kleine und mittelständische Betriebe umverteilt werden. Dies würde für die mittelständischen bäuerlichen Betriebe in unserer Region noch mehr bringen“, erläutert Peter Liese.

„Ich bin der Meinung, dass die jetzt beschlossene Umschichtung von der 1. in die 2. Säule richtig und wichtig war. Wir müssen aber darauf achten, dass die Gelder so verteilt werden, dass sie auch letztendlich im Sinne von Landwirtschaft und Umweltschutz ankommen. Unsere Vollerwerbsbetriebe sind im Vergleich zu anderen Regionen kleine- und mittelständische Familienbetriebe. Es ist unser erklärtes Ziel als Berufsstand, diese Betriebe mittel- und langfristig zu erhalten.“

Josef Schreiber

Vorsitzender WLW Bezirksverbandes Sauerland/ Hellweg

Gemeinsam für die Nieheimer Flechthecke

In Nieheim im Kreis Höxter gibt es eine einzigartige Kulturlandschaft, die Nieheimer Flechthecke, sie ist immaterielles Kulturerbe der UNESCO.

Peter Liese war bei einem Besuch begeistert vom Engagement der Naturschützer und Landwirte vor Ort. Die gemeinsame europäische Agrarpolitik muss in Zukunft bessere Möglichkeiten zum Schutz solcher Landschaftselemente bieten.



Einsatz der Landwirte für Vogelschutz gewürdigt



Archivfoto

Die heimische Landwirtschaft sieht sich von immer höheren Auflagen beispielweise zum Insektenschutz sowie den Nutztier- und Pflanzenschutzverordnungen zur Minimierung des Nitratgehaltes stark eingeschränkt und wehrt sich gegen Pauschalisierungen. Bei einem Gespräch mit Vertretern aus Politik und Landwirtschaft im August 2020 wurden aber auch fehlende Planungssicherheit in allen Bereichen, starke finanzielle Einbußen, die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und die Hofnachfolge thematisiert. Für Peter Liese sind europaweite Vergleichbarkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die heimische Landwirtschaft wichtig. Dies betreffe viele Bereiche, ob es nun um den Einsatz von Antibiotika gehe, eine höhere Flächenprämie oder um ein Monitoring beim Insektenschutz für die gezielte Bekämpfung von Insekten in wirklich betroffenen Gebieten.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung, insbesondere für die Landwirtschaft im Bereich der Vogelschutzgebiete im Kreis Soest, wurde nun erreicht. Die Vogelschutzgebiete werden nicht, wie die Landwirte aus der Region befürchteten, ins vom Bundesumweltministerium vorgelegte Aktionsprogramm Insektenschutz aufgenommen. Damit werden die bisherigen freiwilligen Anwendungsbeschränkungen der Landwirtschaft für den Vogelschutz gewürdigt.

„Mit Erleichterung haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Vogelschutzgebiet Hellwegbörde nicht in die Kulisse mit aufgenommen wurde. Dies hat natürlich für ein großes Aufatmen in den landwirtschaftlichen Betrieben im Kreis Soest gesorgt.“

Uns ist bewusst, dass diese Entscheidung auch durch Ihren großen Einsatz zustande gekommen ist. Hierfür wollen wir uns ausdrücklich bei Ihnen bedanken!“, so der Kreisvorsitzende des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes Josef Lehmenkühler.

Auch Schiffe sollen Klimabeitrag leisten

„Es kann nicht sein, dass ein Verkehrsträger weiter von Anstrengungen ausgenommen ist“.

Peter Liese



Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit für stärkere Klimaschutzanstrengungen im Schiffsverkehr ausgesprochen. Der Sektor, der bisher von

keiner europäischen Klimagesetzgebung direkt betroffen ist, soll nach dem Willen einer großen Mehrheit der Abgeordneten in den Emissionshandel einbezogen werden.

Info-Coupon

Wenn Sie oder einer Ihrer Bekannten den Liese-Kurier kostenlos zugeschickt bekommen möchten, dann schicken Sie diesen Coupon an das Europabüro für Südwestfalen und das Hochstift, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede.

Absender: _____

Ich willige hiermit ein, dass meine oben angegebenen personenbezogenen Daten für den Versand der Broschüre entsprechend Art. 6 bzw. Art. 7 DSGVO erhoben, verarbeitet und gespeichert werden dürfen. Sie können die Einwilligung zur Erhebung, Verarbeitung und Verwendung Ihrer Daten zu oben genannten Zwecken jederzeit per E-Mail an info@peter-liese.de widerrufen oder deren Korrektur verlangen.



Fidesz-Abgang – Endlich herrscht Klarheit

Peter Liese begrüßt, dass die Abgeordneten der ungarischen Regierungspartei Fidesz die christdemokratische Fraktion (EVP) im Europäischen Parlament verlassen haben.

Die EVP-Abgeordneten hatten sich zu diesem Schritt entschieden, nachdem die Fraktion mit einer riesigen Mehrheit (84 zu 15 Prozent) die Geschäftsordnung geändert hatte, um ihre Suspendierung zu erleichtern. Letztere sei nun nicht mehr nötig.

„Wir sind eine christdemokratische Fraktion und verfolgen eine Politik der Mitte. Fidesz wollte unsere Fraktion in eine antieuropäische rechte Richtung verändern und es ist gut, dass es dagegen klaren Widerstand gegeben hat. Viele Bürgerinnen und Bürger aus unserer Region haben sich schriftlich und mündlich an mich gewandt mit der Bitte, endlich Klarheit zu schaffen und ich bin froh, dass es diese Klarheit jetzt gibt“, so Liese.

Ökodesign-Richtlinie: Künftig kein „A+ bis A+++“ mehr

Seit dem 1. März 2021 gelten für viele Elektrogeräte neue EU-Effizienzlabel. Sie sollen den Verbrauchern generell bei der Kaufentscheidung helfen und die Energieeffizienz der jeweiligen Elektrogeräte aufzeigen.

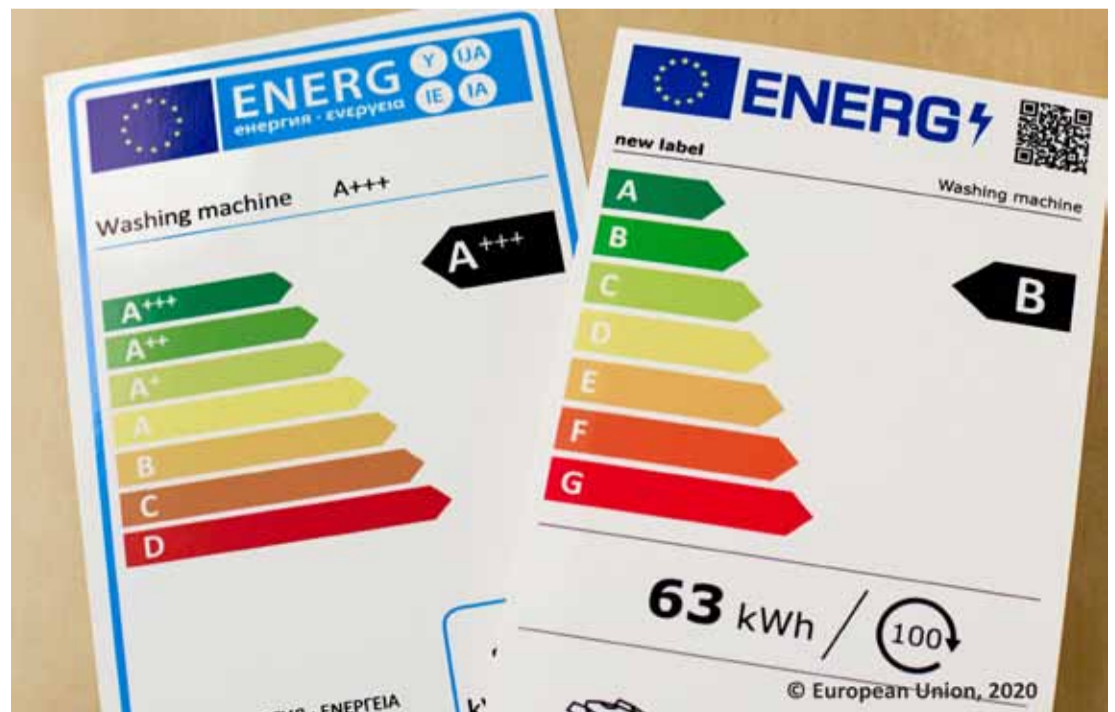
Von der Neuerung der Energielabel sind folgende Produkte betroffen: Spül- und Waschmaschinen, Wäschetrockner, Kühl- und Gefriergeräte, Fernseher und Monitore. Für Lampen hingegen kommen die neuen Energielabel erst ab September 2021 und für alle anderen Elektrogeräte wohl noch später, erst ab 2024.

Durch die im Rahmen der sogenannten Ökodesign-Richtlinie beschlossenen Maßnahmen soll Energie eingespart und damit das Klima geschützt werden.

Der Unterschied zu den bisherigen Energielabeln ist, dass es ab sofort keine Plus-Klassen mehr gibt. Die Skala reicht nun lediglich von A bis G und eine Neuklassifizierung findet statt. Damit wollen die EU-Institutionen erreichen, dass bei der Einführung kein Produkt in der Energieeffizienzklasse A liegt, um Anreize für

die Hersteller zu erschaffen, die jeweiligen Produkte noch energieeffizienter zu gestalten. Außerdem haben sich die Messmethoden geändert, und die alten Label sind nicht mit den neuen Labeln vergleichbar. Zusätzlich werden durch die Label noch mehr Informationen an die Verbraucher weitergegeben. „Es ist gut,

dass die Label überarbeitet werden, um die Energieeffizienz nochmal zu steigern. Hersteller können so motiviert werden, ihre Produkte noch effizienter zu entwickeln. Generell sind die Maßnahmen im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie gute Beispiele dafür, wie Klimaschutz konkret funktioniert“, so Peter Liese.



Kohlegebiete nicht gegen heimische Region ausspielen

Sorgen heimischer Landräte und IHKs: EU-Parlament reagiert

Landräte und IHKs in Südwestfalen haben Alarm geschlagen. Pläne der Europäischen Kommission könnten bedeuten, dass Wirtschaftsfördermittel in Zukunft deutlich weniger in unsere Region fließen.

Die Europäische Kommission hatte vorgeschlagen, dass Mittel aus dem Fonds für den gerechten Übergang der Kohleregionen, so will man z.B. dem rheinischen Braunkohlerevier beim Kohleausstieg helfen, mit anderen Wirtschaftsfördermitteln aufgestockt werden müssen. Dies hätte aber bedeutet, dass Regionen wie Südwestfalen in Zukunft deutlich weniger Unterstützung bekommen. In Gesprächen mit den Landräten und der Südwestfalenagentur hat Peter Liese überlegt, wie man Abhilfe schaffen kann.

Jetzt gibt es gute Nachrichten aus dem Europäischen Parlament: „Wir haben beschlossen, dass der Vorschlag der Kommission abgeändert wird. Wir wollen Regionen, die vom Umstieg in die Klimaneutralität betroffen sind, natürlich Unterstützung geben. Aber das darf nicht auf Kosten von Regionen wie Südwestfalen gehen, weil wir auch große Herausforderungen haben. In der Stahl-,

Zement-, Kalk-, Papierindustrie und vor allem in der Automobilzulieferindustrie, muss sich viel ändern, damit wir die Klimaziele erreichen.

Deshalb brauchen wir eher mehr Unterstützung als weniger. Das Europäische Parlament hat beschlossen, dass die Kopplung anderer Wirtschaftsfördermittel an den Fonds für den gerechten Übergang nicht mehr vorgeschrieben

ist und unser Beschluss ermöglicht es auch, dass Regionen wie Südwestfalen von diesem Fond zusätzlich zu den bisherigen Wirtschaftsfördermitteln profitieren.

Jetzt kommt es darauf an, dass der Ministerrat, die Vorschläge des Parlamentes annimmt und dass sie in Deutschland auch so umgesetzt werden“, erklärt Peter Liese.



Peter Liese, hier bei einem Gespräch mit Dr. Stephanie Arens und Hubertus Winterberg (Südwestfalen Agentur), setzt sich gemeinsam mit den Landräten und der Südwestfalenagentur dafür ein, dass auch zukünftig EU-Mittel nach Südwestfalen fließen.

Motorräder müssen leiser werden!

Besonders an Wochenenden kommen Anwohner an Straßen, die wegen ihrer langgezogenen Kurven in landschaftlich schönen Regionen gefragt sind, nicht zur Ruhe: Sie leiden unter dem Lärm der vielen Motorräder, die teilweise extra noch „auf laut“ getrimmt sind.

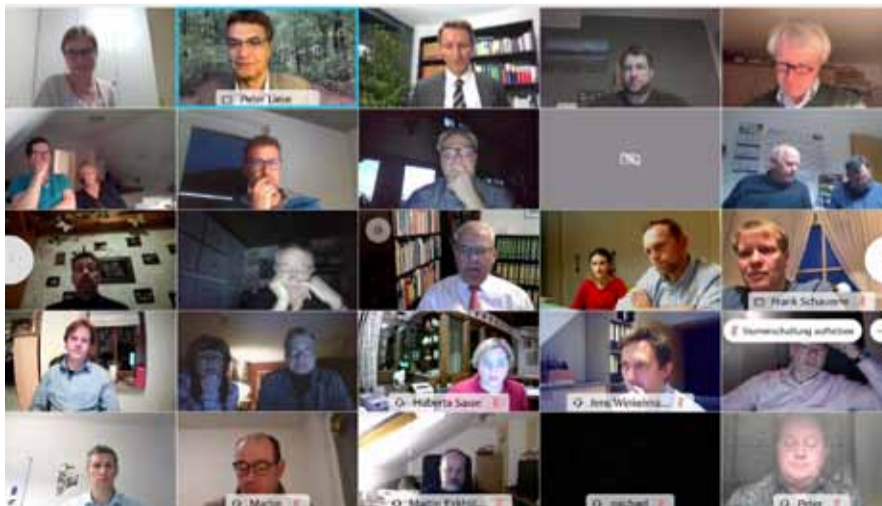
Das Problem betrifft nicht nur Südwestfalen und das Hochstift: Inzwischen haben sich ganze Regionen zu Aktionsbündnissen zusammengeschlossen, in denen dutzende Kommunen, Landkreise und regionale Initiativen zusammenarbeiten.

Bisher müssen Motorräder und Autos die Lärmgrenzwerte nur bei Tests bei höchstens 80 Kilometer pro Stunde einhalten. „Die Lärmgrenzwerte müssen auch für Geschwindigkeiten darüber und für alle Motordrehzahlen gemessen werden“, betonte Peter Liese bei einem Gespräch mit dem Arbeitskreis Motorradlärm im BUND der Vereinigten Arbeitskreise gegen Motorradlärm (VAGM e. V.). Erörtert wurden Maßnahmen zur entschiedeneren Bekämpfung

von unnötigem Motorradlärm. Gerade in den Mittelgebirgsregionen wie in Westfalen sind sehr viele Anwohner verärgert über die immense Lärmbelästigung. Einig waren sich die Teilnehmer, dass es durch geeignete Maßnahmen zeitnah zu einer spürbaren Verbesserung für die lärm betroffenen Menschen kommen muss, um die Sozialverträglichkeit zu gewährleisten. Sperrungen können nur bei Unfallhäufigkeiten eine rechtlich gangbare Lösung sein. Da sowohl die Definition der Grenzwerte für

Neuzulassungen als auch die dazu relevanten Messverfahren Europarecht tangieren, hat sich Peter Liese in dieser Sache in einem persönlichen Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewandt.

„Empfehlungen der Hersteller von Motorrädern müssen zukünftig verstärkt auch die berechtigten Ansprüche der von Lärm betroffenen Bürger berücksichtigen“, so Peter Liese.



Motorradlärm war auch Thema einer gemeinsamen Videokonferenz mit Peter Liese, Landrat Dr. Karl Schneider, Patrick Sensburg MdB und der CDU Oberkirchen.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

HEUTE:

„Karamellisierter Kaiserschmarrn mit gebratenen Apfelspalten“



aus Österreich

ZUTATEN (für 4 Portionen):

Kaiserschmarrn

- 120 g Mehl
- 1/4 l Milch
- 4 Eigelb
- Mark von einer Vanilleschote
- 1 TL Abrieb einer unbehandelten Zitrone
- 40 g braune Butter
- 4 Eiweiß
- 60 g Zucker
- 1 Fläschchen Rum oder Rumaroma
- 1 Prise Salz
- 40 g Butter
- 2-3 EL eingelegte Rumrosinen
- 2-3 EL gebräunte Mandelblättchen
- Puderzucker

Apfel

- Butter, Zucker
- rotbackiger Apfel

Kaiserschmarrn: Den Backofen auf Grillfunktion vorheizen. Das Mehl mit Milch, Eigelb, Rum, Vanillemark, Zitronenabrieb und der in der Pfanne erhitzten flüssigen braunen Butter zu einem glatten Teig verrühren. Das Eiweiß mit 1 bis 2 EL Zucker und einer Prise Salz zu einem cremigen, festen Schnee schlagen und unter die Mehlmasse heben.

In zwei kleineren Pfannen von 24 bis 26 cm Durchmesser bei milder Hitze die Hälfte der Butter aufschäumen lassen und den Teig etwa 2 cm hoch eingießen. Etwa 2 Minuten hell bräunen, währenddessen die Rumrosinen und gebräunte Mandeln darauf streuen und mit etwas Teig bedecken. Danach im vorgeheizten Backofen in etwa 3 Minuten backen, bis die Oberfläche hellbraun und der Pfannkuchen durchgebacken ist. Den Pfannkuchen in mund-

gerechte Stücke zerteilen, die übrige Butter mit dem übrigen Zucker hinzufügen und den Kaiserschmarrn damit karamellisieren lassen. Auf vorgewärmten Tellern anrichten und mit Puderzucker bestäuben.

Apfel: Den Apfel waschen, vierteln, entkernen und in Spalten schneiden. In einer Pfanne bei mittlerer Temperatur Butter und Zucker schmelzen lassen, Apfelspalten einlegen und etwas mitschwitzen lassen und mit Dessertwein ablöschen.

Tipp: Rumrosinen werden milder, wenn man sie in einer Mischung aus 2/3 gekochtem Schwarztee und 1/3 Rum einlegt. Die Flüssigkeit darf dabei noch warm sein, so quellen die Rosinen schneller. So halten sie sich bei Raumtemperatur mehrere Monate.

Newsletter

Informationen über die Arbeit von Peter Liese in Brüssel, Straßburg und in der Region

Europa geht uns alle an. Die Europäische Union ist nicht weit weg, sondern wir alle sind die EU.

Entscheidungen, die in den Gremien in Brüssel und Straßburg getroffen werden, betreffen uns direkt. Dies bietet viele Chancen, gerade für unsere Heimat Südwestfalen und das Hochstift, aber natürlich gibt es auch Probleme.

Die gute Nachricht ist: Man muss auch in der EU nicht alles klaglos hinnehmen. Man kann an

Entscheidungen mitwirken und sich einbringen.

Vielfältige Informationen über aktuelle Entwicklungen und die Arbeit von Dr. Peter Liese für und in der Region bietet der monatliche Newsletter.

Um den Newsletter zu erhalten reicht eine E-Mail an info@peter-liese.de



Gewinnspiel!

SUDOKU

							3
6			8				7
2		9		3	7		4
		6		5	2		
	4				1	7	2
1				4			3
			2	1		5	
	9		4		5		2
		8			3	4	9

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:

Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. Juni 2021** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:
Europabüro für Südwestfalen und das Hochstift
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Viel Glück!

Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese
2 Induktionsladestationen
3 Powerbanks,
3 LED-Taschenlampen,
und 7 USB-Sticks

Für die Durchführung des Gewinnspiels und der Gewinnermittlung ist die Angabe von persönlichen Daten wie Name, Vorname und Adresse erforderlich. Die Datenerhebung basiert auf Art. 6 bzw. Art. 7 DSGVO. Zur Teilnahme am Gewinnspiel ist es unbedingt erforderlich, dass sämtliche Angaben der Wahrheit entsprechen und die Daten vollständig sind. Die bereitgestellten Daten der Gewinner werden zum Zwecke der Auslosung verwendet. Sie haben das Recht unentgeltlich Auskunft zu erhalten, welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt. Zusätzlich haben Sie das Recht auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung und dem neuen BDSG. Hinweis: Ein Löschen oder ein Widerspruch bzw. eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten kann zur Folge haben, dass Sie am Gewinnspiel nicht teilnehmen können.

Impressum: Europabüro für Südwestfalen und das Hochstift, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
 Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27, E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de,
www.facebook.com/peter.liese, www.twitter.com/peterliese
 Fotos: Peter Liese, Europäische Kommission

